Ausgabe
Oktober
2011



DIE LINKE-IMPULSE

Zeitung des Kreisverbandes Märkisch-Oderland

Genosse Karsten Knobbe wird Bürgermeister von Hoppegarten — ein Erfolg, der Mut macht



Die Bürgermeisterwahlen in 19 Gemeinden und Städten in Brandenburg gingen mit den Stichwahlen am 25. September zu Ende.
Genosse Karsten Knobbe hat in Hoppegarten mit dem Mandat der LINKEN die Wahl zum Bürgermeister gewonnen. Diese verantwortungsvolle Aufgabe wird er ab 1. Januar 2012 für die nächsten acht Jahre ausüben.
Mit Stolz blicken die Genossen unseres Ortsverbandes auf diesen Erfolg, haben doch alle dazu beigetragen. Es soll niemand hervorgehoben werden, denn jeder hat im Rahmen seiner Möglichkeiten mitgewirkt. Und das war entscheidend.
Im Wahlkampf wurde deutlich, wie man im Mittelzentrum Neuenhagen eine Wahl für eine Gemeinde gewinnen kann. Ein Dank an die dortigen Genossen, die sich in Hoppegarten aktiv eingebracht haben. Das ist eine neue Qualität. Eine Qualität, die letztlich mit zum Erfolg führte.
Unser besonderer Dank gilt auch unserer Bundestagsabgeordneten Dagmar Enkelmann und unserem Kreisvorsitzenden Bernd Sachse, die dem Ortsverband stets hilfreich zur Seite standen und sich persönlich einbrachten. Auch das ist Ausdruck einer neuen Qualität. Denn nur gemeinsam sind in der heutigen Zeit Erfolge möglich.

Was hat sich außerdem ausgezahlt:
1. Wir haben unsere kommunalpolitischen Inhalte in den Vordergrund gestellt.
2. Wir haben die Probleme der Einwohner unserer Gemeinde aufgegriffen und bemühten uns, Antworten zu geben, ohne populistische Versprechen.
3. Karsten Knobbe ging davon aus, dass ein Bürgermeister ohne eine Mehrheit in der Gemeindevertretung ein zahnloser Tiger ist und er überparteilich handeln wird. So ist er stets aufgetreten, ohne seine politischen Ideale aufzugeben.
4. In der politischen Auseinandersetzung mit den Mitbewerbern haben wir uns fair verhalten. Verleumdungen waren und sind nicht unser Stil. Das soll auch so bleiben.

Ein Wort an unsere Freunde in Rüdersdorf:
Lasst den Kopf nicht hängen, baut auf das Erreichte auf, macht Kommunalpolitik für die Gemeinde, begleitet konstruktiv den Bürgermeister und übt Kritik, verbunden mit Vorschlägen, stets im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

Karsten wünschen wir viel Kraft für sein Amt und eine Familie, die für ihn einen Ruhepol bildet sowie einen Ortsverband und eine Fraktion, die eine kameradschaftliche Zusammenarbeit garantieren.

Klaus Otto
Stellvertretender Ortsvorsitzender und Fraktionsvorsitzender in der Gemeindevertretung Hoppegarten

DIE LINKE schöpft ihre eigenen Potentiale nicht aus

Das Jahr 2011 gehört nicht zu den starken Jahren der Partei, und als Kreisverband Märkisch-Oderland leben wir nicht auf der Insel der Glückseligen, sondern sind von den Ereignissen direkt betroffen. Um einen negativen Trend aufzuhalten haben wir uns aktiv an den Wahlkämpfen in Hamburg, Bremen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin beteiligt. Diese solidarische Haltung sind wir unserer Partei auf Bundesebene schuldig und wird selbstverständlich fortgesetzt. Geheilt werden aber dabei im Wesentlichen personelle Lücken, entscheidend für Wählerinnen und Wähler, für die Wahrnehmung in der Gesellschaft ist aber in entscheidendem Maße die Ausrichtung der Partei.

Der erste Ansatz für jede Partei ist die Pflege der Stammwählerschaft und die Mobilisierung der Mitglieder. Unsere Partei ist entstanden, als es eine große Anzahl von Gruppen und



Strömungen gab, die sich vor allem gegen die Politik der SPD und der Grünen unter Schröder und Fischer wandten. Durch den Zusammenschluss der PDS mit der WASG zur LINKEN wurden diese Bewegungen gesammelt. Diese Sammelbewegung ist aber auch ein Sammelbecken der unterschiedlichsten Erwartungen und Erfahrungen an Parteileben und Politik. Der Fehler liegt schon darin, dass wir genau das nicht akzeptieren. Im Gegenteil wir nehmen die Worte und Argumente unserer politischen Konkurrenten um einzelne Gruppen und Strömungen zu verprellen. Wir betrachten genau wie alle anderen Parteien die Geschichte nach dem Schlussbild und nicht nach dem Entstehen. Ich sage, in unserem Kreisverband sind alle willkommen, die offen und ehrlich zu ihrem Leben stehen und zu unserem Programm. Dass wir zu den großen und erfolgreichsten Kreisverbänden der LINKEN in der Bundesrepublik zählen, haben wir auch diesem Motto zu verdanken. Bücklinge, das Säuseln von Entschuldigungen und Rechtfertigungen machen uns in den Augen von bürgerlichen Parteien vielleicht koalitionsfähiger, in den Augen der Wählerinnen und Wähler aber beliebiger.
Für mich hat solch ein plakativer Ausspruch wie, „Kopf hoch und nicht die Hände!“ mehr Inhalt als man solch einem kurzen Satz zutraut.

Als zweites ist der Individualismus in der Partei stark ausgeprägt. Jeder versucht →

mit seiner Meinung auf die Titelseite zu kommen, ohne die berühmte Frage zu stellen, wem nützt das. In der Regel bekomme ich die Schlagzeile aber nur, wenn es der bürgerlichen Meinungsmache nützt. Aus 10 Einzelmeinungen irgendwie Widersprüche zu finden, ist sicher dann das kleinere Problem. Die Bereitschaft, sich der Meinung der Partei, einer Mehrheitsmeinung, unterzuordnen, ist leider gering. Wir müssen die Partei mehr ins Zentrum der Wahrnehmung rücken. Dazu gehört das Schaffen einer Gegenöffentlichkeit durch zielgerichtete, durchdachte Kampagnen unter Nutzung der Kompetenzen der Abgeordneten. Wir müssen beweglicher werden bei der Darstellung der Ergebnisse unserer Arbeit und bei der Darstellung unserer Ziele. Wir sind zunehmend langweiliger geworden.
Mit den parlamentarischen Erfolgen der letzten Jahre haben wir die Bereitschaft zur außerparlamentarischen Arbeit aufgegeben. Eine Partei, die die Gesellschaft verändern will, braucht beides. Sie muss hart arbeiten, um das öffentliche Meinungsbild zu verändern.
Drittens, wir lassen uns ständig eine Personaldiskussion aufdrängen. Statt Solidarität mit unserer gewählten Parteiführung zu üben, versorgen wir die Medien mit Brennstoff. Ich habe als Parteitagsdelegierter die Parteiführung mit gewählt. Beide Vorsitzende haben Respekt erdient, schon allein für die Bereitschaft, Verantwortung für die Partei in diesem Umfang zu übernehmen. Kritiklos bin ich deshalb nicht, aber genau hier muss die Klärung innerhalb der Partei einsetzen und nicht über die Medien. Wahlparteitage sind Höhepunkte im Leben einer Partei, so sollten wir sie gestalten und zu den Ergebnissen stehen. Wir bestimmen Inhalt und Zeitpunkt der Parteitage selbst, dabei muss es bleiben.
Viertens wird es höchste Zeit, das Programm zu verabschieden. Ich denke, es ist ein guter Kompromiss, und er findet meine Zustimmung. Eigentlich ist es bemerkenswert, dass in einer solchen pluralistischen Partei wie der LINKEN der Vorstand den Leitantrag in großer Geschlossenheit bestätigt hat. Das Programm ist geeignet, Gemeinsames zu bewahren und gleichzeitig Strömungen zu akzeptieren. Ich zitiere aus der Rede von Gesine Lötzsch auf dem Landesparteitag in NRW: „Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, einen gemeinsamen Leitantrag zum Parteitag im Parteivorstand zu verabschieden. Wir brauchten keine dramatischen Nachtsitzungen. Es flogen keine Türen, es flossen keine Tränen, es wurden keine Verwünschungen ausgesprochen - es war ein kleines Wunder, liebe Genossinnen und Genossen. Wir haben uns im Parteivorstand geeinigt. Das ist ein schöner und hoffentlich beispielhafter Erfolg!“

Meine Ausführungen sind nicht vollständig. Ich freue mich auf einen inhaltsreichen und optimistischen Wahlparteitag unseres Kreisverbandes am 19.11.2011 in Bad Freienwalde!

Bernd Sachse
Kreisvorsitzender



Ein kluger Dreh – Vergabegesetz mit Mindestlohn

Die rot-rote Koalition hat eines ihrer zentralen Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt: Das „Brandenburgische Gesetz über Mindestanforderungen für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen“ ist durch den Landtag beschlossen.

Gutes Geld für gute Arbeit

Ab dem 1. Januar 2012 werden öffentliche Aufträge nur an Firmen vergeben, die ihren Beschäftigten einen Stundenlohn von mindestens 8 Euro zahlen. Das wird die Einkommenssituation z. B. von Beschäftigten im Wach- und Sicherheitsgewerbe und in der Gebäudereinigung – wenn der Auftraggeber die öffentliche Hand ist – wesentlich verbessern.
In diesen Branchen sehen die Tarifverträge zur Zeit 7 bzw. 6,53 Euro vor. Lohnzuwächse in diesem Ausmaß konnten selbst die Gewerkschaften in jüngster Zeit nicht durchsetzen. Schon deswegen haben sich die anderthalb Jahre sorgfältiger Vorbereitung und breiter Debatte gelohnt. Das Gesetz ist ein erster Schritt für das Land Brandenburg, existenzsichernde Löhne durchzusetzen. Und Rot-Rot macht weiter Druck im Bund: Die Koalition wird sich unbeirrt für einen bundesweiten, existenzsichernden Mindestlohn einsetzen. In einem angenommenen Entschließungsantrag wurde die Landesregierung aufgefordert, schon bis zum II. Quartal 2012 einen Bericht zur Entwicklung der 8-Euro-Lohnuntergrenze vorzulegen. So soll schnell auf notwendige Erhöhungen reagiert werden können.
Das neue Landesgesetz ist gleichzeitig ein klares Signal, dass gute Arbeitsbedingungen und faire Entlohnung zentrale Voraussetzungen sind, um im Wettbewerb der Regionen um Fachkräfte zu bestehen. Das ist notwendig, damit die Tragfähigkeit und Lebensqualität unserer Gesellschaft in der Breite gesichert bleibt. Die Grünen kritisierten die 8 Euro als „sozial unzureichend“ – doch in ihrem Gesetzentwurf standen lediglich 7,50 Euro, im Bundestag stimmten sie gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. Konsequent geht anders!

Qualität statt Billiglohn

Der Auftragswettbewerb soll nicht mehr nur durch die niedrigsten Lohnkosten bestimmt werden, sondern vor allem über die Qualität der auszuführenden Leistung. Im Bereich des



Öffentlichen Personennahverkehrs wird statt der Mindestvergütung eine Tariftreueregelung getroffen. Diese Beschäftigten müssen nach dem jeweils geltenden Entgelttarifvertrag entlohnt werden. Das ist deshalb erforderlich, da in einer EU-Verordnung in diesem Bereich den Firmen besonders viele wirtschaftliche Freiheiten gegeben sind. Diese können zu Lohndumping führen. Den Kommunen – vom Volumen her die größten öffentlichen Auftraggeber – wird ein Finanzausgleich für Mehrbelastungen gewährt. Diese ergeben sich aus dem erhöhten Verwaltungsaufwand. Jetzt liegt es an den Kommunen, so schnell wie möglich die Voraussetzungen in ihren Verwaltungen für die Auftragsvergaben zu schaffen.

Kerstin Kaiser, Fraktionsvorsitzende
Thomas Domres, Wirtschaftspolitischer Sprecher

Gesine Lötzsch zur Programmdiskussion in Strausberg

Zur Begrüßung der Parteivorsitzenden, Gesine Lötzsch, auf der Mitgliederversammlung der Genossinnen und Genossen von Märkisch Oderland in Strausberg überreichte ihr der Kreisvorsitzende, Bernd Sachse, symbolisch ein Geschenk. DIE LINKE hatte zwei Tage zuvor mit ihrem Kandidaten, Karsten Knobbe, die Bürgermeisterwahl in Hoppegarten gewonnen. Das ist eine hoffnungsvolle Botschaft für unsere Partei, unterstrich er. Und Gesine knüpfte gleich daran an: „Wir müssen in den Kommunen verwurzelt sein, um auf allen anderen Ebenen – im Kreis, im Land, im Bund und in Europa – erfolgreich zu sein“. Das legte sie den rund 120 Teilnehmern ans Herz, die am 27. September ins STIC gekommen waren, um mit ihr den Programmentwurf der Partei zu diskutieren. Sie machte deutlich, dass bereits in der Präambel sehr gut die wichtigsten Ziele der Partei aufgezeigt sind. Es geht um eine Gesellschaft ohne Armut, eine Gesellschaft im Interesse der Menschen, nicht im Interesse des Profits. Alle Menschen sollen in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die Verhältnisse demokratisch gestalten können. Dazu ist ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem erforderlich, der demokratische Sozialismus. Die Parteivorsitzende berichtete, dass bisher über 500 Wortmeldungen zum Programmentwurf eingegangen sind, darunter viele von Parteiorganisationen, die intensiv beraten haben. Zahlreiche kluge Hinweise konnten eingearbeitet werden. Dazu gehört der Umgang mit der Geschichte. Bezeichnungen wie Nationalsozialismus und Rechtsradikalismus wurden durch Faschismus ersetzt, die Bedeutung des Antifaschismus weiter hervorgehoben. Auch zum Existenzrecht Israels und zur notwendigen völkerrechtlichen Anerkennung Palästinas als eigener Staat beziehe die jetzige Fassung eindeutig Stellung. Stärker herausgehoben ist nunmehr die Schlussfolgerung, dass es ohne Demokratie keinen Sozialismus geben kann. Gesine hob noch einmal hervor, dass zur Abkehr der Partei vom Stalinismus vieles bereits in den zurückliegenden 20 Jahren aufgearbeitet wurde und erinnerte an die Rede von Michael Schuhmann auf dem Gründungsparteitag der SED/PDS im Dezember 1989. Deutlicher wird nunmehr auch auf die Rolle der Klassen in der heutigen Gesellschaft eingegangen. Es habe zahlreiche Einwände zur Frage des Eigentums gegeben, insbesondere zum kommunalen Eigentum und zu Regierungsbeteiligungen der LINKEN. Änderungen gab es außerdem in den Bereichen Landwirtschaft, Datenschutz, Kulturpolitik, in der Geschlechterfrage, zu Positionen zur Europäischen Union, zu den Vereinten Nationen und zur NATO sowie bei der eindeutigen Forderung, dass sich Deutschland an keinen kriegerischen Auslandseinsätzen beteiligen dürfe. Sie appellierte: Programme sind wichtig. Es komme aber immer darauf an, sie auch umzusetzen.



Natürlich spielte in der Diskussion in Strausberg die Militärpolitik Deutschlands eine wichtige Rolle. Schließlich sind die Verweigerung an Kampfhandlungen deutscher Truppen im Ausland sowie Forderungen zum Austritt aus der NATO Alleinstellungsmerkmale der Partei. Genosse Neidhardt machte darauf aufmerksam, dass die neue Aufrüstungswelle der Bundeswehr dem Steuerzahler über 1 Milliarde Euro kosten werden. Friedrich Pietsch freute sich über die eindeutige Haltung zum Klimaschutz, erneuerbaren Energien, Ablehnung der CCS-Speicherung und den Verbot der Gentechnik. Die Anregungen der ökologischen Linken Brandenburgs seien vollständig in das neue Papier eingearbeitet worden. Der Wachstumsgedanke der Industrie sollte noch einmal überdacht werden. Die Vorsitzende der Landtagsfraktion, Kerstin Kaiser, ging auf die Unterschiede rot-roter Bündnisse in den einzelnen Bundesländern ein. Die Genossinnen und Genossen hielten sich an dem Abend nicht lange damit auf, Querelen in der Partei zu diskutieren. Vielmehr machten sie deutlich, dass es in der heutigen Mediengesellschaft darauf ankommt, die eigenen Positionen in die Öffentlichkeit zu bringen. Einstimmig gaben sie den vier Delegierten aus MOL auf den Weg, auf dem bevorstehenden Bundesparteitag in Erfurt für den Leitantrag zu stimmen.

Renate Adolph

Ursachenforschung

Mit den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und dem Ende des „rot-roten“ Senats ist das „Superwahljahr“ gelaufen. Viele Genossen unserer Partei haben sich auf Ursachenforschung für die Wahlergebnisse der Linken begeben.
Viele Äußerungen führender Genossen in den letzten Tagen gehen jedoch an den wirklichen Gründen vorbei. Ich denke - und weiß mich da mit den meisten Genossen der Region einig -, wir müssen zwei Ursachenkomplexe feststellen:
Die erste Ursache sehe ich in dem Auftreten und Erscheinungsbild der Partei auf Bundesebene. Seit Jahresbeginn hat sich DIE LINKE in der öffentlichen Wahrnehmung mit sich selbst beschäftigt. Auf bürgerliche Angriffe wegen „Gesines Gedanken über Wege zum Kommunismus“, auf den Vorwurf des Antisemitismus wegen Kritik an Israel, auf Gezeter wegen Geburtstagsgrüßen an Fidel Castro usw. wurde einerseits mit Abschwächungen und Entschuldigungen reagiert und andererseits innerparteilich gestritten, aber letzteres immer schön über die bürgerlichen Medien.
Dagegen blieben die Stellungnahmen der Partei zu den wichtigen politischen Themen (NATO-Krieg gegen Libyen, Eurokrise, Atom-Ausstieg, Bildungsstreik usw.) nahezu unbemerkt. Und hier liegen doch unsere ureigensten Markenfelder, die uns von allen anderen Parteien unterscheiden: Wir sind Antikriegspartei, wir sind gegen die Privatisierung von Spekulationsgewinnen und Vergesellschaftung der Spekulationsverluste der Finanzkonzerne usw. Der antikapitalistische Charakter der Partei, um den wir in der Programmdebatte gekämpft haben und der trotz einiger Abschwächungen im Leitantrag zum Programmparteitag beibehalten wurde, war in der praktischen Politik kaum wahrzunehmen.
Die zweite Ursache ist sicher in der rot-roten Senatspolitik selbst zu finden. Die Linke war nicht stark genug, ihre Politikinhalte in der Koalition durchzusetzen. Im Gegenteil: Sie trug unsoziale Maßnahmen mit, wie z.B. Wasserverträge, Wohnungsprivatisierung usw. Wir erinnern uns an Oskar Lafontains „Haltelinien“. Das Wahlergebnis ist die Quittung für die Ignorierung dieser Haltelinien. Und für Brandenburg ist zukünftig Ähnliches zu befürchten.
Für uns ist das Fazit, dass die Partei DIE LINKE sich in ihrer Politik auf Bundes- und Landesebene auf ihre Alleinstellungsmerkmale als antikapitalistische Antikriegspartei mit dem Ziel demokratischer Sozialismus, als Anwalt der Lohnabhängigen, sozial Schwachen, Rentner usw. konzentrieren muss. Die Brandenburger Wahlkampfforderungen von 2009 wurden von den Wählern verstanden und entsprechend honoriert. Wir sollten in Zukunft wuchern mit diesem einzigen Pfund, das unsere Partei hat

Stephan Schoenemann
BO Letschin

Bürgerbüros

Dagmar Enkelmann (MdB)
15344 Strausberg, Wallstraße 8,
Telefon: (0 33 41) 30 39 84
Fax: (0 33 41) 30 39 85
Mo.–Do. 9 –16 Uhr
Freitag nach Vereinbarung
dagmar.enkelmann@wk.bundestag.de
www.dagmar-enkelmann.de

Kerstin Kaiser (MdL)
15344 Strausberg, Wallstraße 8,
Telefon: (0 33 41) 49 77 11
Fax: (0 33 41) 30 39 85
Mo.–Do. 9 –16 Uhr
info@kerstin-kaiser.eu
www.kerstin-kaiser.eu

Bettina Fortunato (MdL)
15306 Seelow, Breite Str. 9
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
Fax: (0 33 46) 85 21 47
Mo. 10 -17 Uhr
Mi.+Do. 14 -18 Uhr
buero-fortunato@t-online.de
www.bettina-fortunato.de

Marco Büchel (MdL)
16259 Bad Freienwalde, Grünstr. 8
Telefon: (0 33 44) 33 45 41
Fax: (0 33 44) 33 45 43
Mo. 10 - 16 Uhr
Do. 14 - 17 Uhr
15366 Neuenhagen,
Ernst-Thälmann-Str. 33
Di. 13 - 18 Uhr
Sa. 10 - 13 Uhr
info@marco-buechel.de
www.marco-buechel.de

Geschäftsstellen

Bad Freienwalde
Grünstraße 8, 16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 34 66
www.dielinke-frw.de
Öffnungszeiten:
Di. 9 –12 Uhr

Strausberg
Große Straße 76,
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75
Öffnungszeiten:
Mo. bis Do. 9–12 Uhr
e-mail: info@dielinke-mol.de

LinksTreffs

LinksTreff Seelow
Breite Straße 9,
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
www.dielinke-seelow.de
Öffnungszeiten:
Mo. - Mi. 9–12 Uhr

LinksTreff Strausberg
15344 Strausberg, Wallstraße 8,
Telefon: (0 33 41) 30 39 84
Fax: (0 33 41) 30 39 85
Mo.–Do. 9 –16 Uhr

Einladung

Liebe Delegierte,

die 1. Tagung unseres **3. Kreisparteitages** findet **am 19. November 2011, 09.00 Uhr bis 16.30 Uhr, im „Kurtheater" in 16259 Bad Freienwalde Gesundbrunnenstraße 12** statt.

Die Rechenschaftslegung des Kreisvorstandes über die geleistete Arbeit in der zurückliegenden Wahlperiode, die Wahl eines neuen Kreisvorstandes und die vor dem Kreisverband liegenden Aufgaben sind Gegenstand der Konferenz.
Ich lade dich herzlich ein.

Als Tagesordnung schlagen wir vor:

1. Eröffnung / Konstituierung
2. Grußwort des Bürgermeisters von Bad Freienwalde
3. Referat des Kreisvorsitzenden Genossen Bernd Sachse
4. Berichte des Kreisschatzmeisters und der Kommissionen
5. Redebeiträge Genn. Kerstin Kaiser, Gen. Dieter Schäfer und von BewerberInnen für den Landesvorsitz
6. Diskussion zum Referat, zu den Berichten und zu den Beschlussentwürfen
7. Aufstellung der Kandidatenlisten
8. Wahl
   - des/der Kreisvorsitzenden
   - des/der Kreisschatzmeisters/in
   - des Kreisvorstandes
   - der Revisionskommission
   - der Delegierten zum Bundesparteitag
   - der Delegierten zum Landesparteitag und
   - der Mitglieder im Landesausschuss
9. Beschlussfassung
10. Schlussbemerkungen des/der neuen Kreisvorsitzenden

Mit freundlichen Grüssen

Bernd Sachse
Kreisvorsitzender

TERMINE im OKTOBER

10. 10. 19.30 Uhr LinksTreff Strausberg
Gespräch zur Stalinismusdebatte mit K. Kaiser und Gästen

12. 10. 18.00 Uhr LinksTreff Strausberg
Kreisvorstandssitzung

13. 10. 18.00 Uhr LinksTreff Strausberg
Beratung des KV mit den Vorsitzenden der Gliederungen des Kreisverbandes

27. 10. 15.00 Uhr Linkstreff Seelow
IM GESPRÄCH mit Dieter Schäfer, Vorsitzender des Kreissportbundes und Chef der Linksfraktion im Kreistag Märkisch-Oderland

28. 10. 18.00 Uhr Kleiner Saal KKH Seelow
Gesamtmitgliederversammlung der Region Seelow. Thema: „ Wie weiter mit dem neuen Parteiprogramm?"

12. 11. 10.00 Uhr Begegnungsstätte des VS Seelow, Puschkinplatz
Klubgespräch mit Prof. Heinrich Fink, Bundesvorsitzender der VVN BdA und ehemaliger Rektor der Humboldt Universität Berlin

Vorankündigung

24. 11. 15 Uhr Linkstreff Seelow
IM GESPRÄCH mit Bettina Fortunato, seit zwei Jahren unsere Stimme im Landtag

Einladung zur Regionalkonferenz

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Landesvorstand lädt euch herzlich ein zur Regionalkonferenz für die Kreisverbände Frankfurt (Oder) und Märkisch-Oderland **am 29.10.2011, 10.00 bis 13.00 Uhr, in Hoppegarten**, Gemeindesaal Hoppegarten, Lindenallee 14, 15366 Hoppegarten.

Die Regionalkonferenz wird auch in diesem Jahr ihren offenen Charakter behalten. Jede und jeder ist also willkommen.

Allerdings wird die Konferenz diesmal in zwei zeitlich wie inhaltlich getrennte Blöcke unterteilt. Während sich der erste Block auf die Landes- und Regionalpolitik konzentriert, richtet sich der zweite Block – nach einer Pause – vornehmlich partei- und personalpolitisch aus.

Den ersten Block nennen wir „LINKE MinisterInnen im Dialog". Hier besteht neunzig Minuten lang die Möglichkeit, mit MinisterInnen und anderem politischem Personal der LINKEN über aktuelle Themen der Landes- und Regionalpolitik zu diskutieren.

Im zweiten Block wird sich in einer „locker" moderierten Runde der Kandidat für den Landesvorsitz, Stefan Ludwig, sowie weitere Kandidatinnen und Kandidaten, die sich zur Wahl des Geschäftsführenden Landesvorstandes stellen, der interessierten Öffentlichkeit präsentieren.

Wir würden uns über eine rege Resonanz zu der sicher sehr interessanten Regionalkonferenz sehr freuen.

Mit solidarischen Grüßen
Andrea Johlige

Die nächste Ausgabe
unseres Informationsblattes IMPULSE
erscheint am 10.11. 2011

IMPRESSUM

Herausgeber:
Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL

Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung sinnwahrend redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P. : Bernd Sachse, Tel.0 33 41-30 39 84
Mail : info@dielinke-mol.de
Layout u. Satz : Fortunato Werbung, www.fortunato-werbung.de
Fotos/Grafik : DIE LINKE. MOL, privat